



# Bundestags- brief

Nr.273 •Die Woche im Bundestag• 18.09.2020



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## **Erste Nachhaltigkeitstage im Deutschen Bundestag**

Die Bewahrung der Schöpfung gehört zur DNA der Unionsfraktion. Deshalb habe ich mich gefreut, dass der Deutsche Bundestag in dieser Woche zum ersten Mal im Rahmen von Nachhaltigkeitstagen über Grundprinzipien nachhaltiger Politik diskutiert - angefangen bei der Zukunft der Mobilität über einen handlungsfähigen Staat bis zum Klimaschutz. Nachhaltigkeit braucht eine ganzheitliche Perspektive, die alle Politikbereiche in den Blick nimmt.

Nachhaltigkeit ist Richtschnur unserer Politik, für uns als Unionsfraktion ist dies ein Thema, das zwar mit Klimaschutz und sauberer Umwelt anfängt, aber damit noch lange nicht aufhört.

Wenn wir unser Land in die Zukunft führen und kommenden Generationen ihre Handlungsfähigkeit erhalten wollen, dann dürfen wir auch keine Schuldenberge hinterlassen.

Gesellschaftlich verantwortliches Handeln erfordert auch Investitionen in Bildung und Forschung, damit unsere Kinder und Enkel innovative, technologische Lösungen für die Herausforderungen ihrer Zeit entwickeln können.

Ebenso gehören eine sozial gerechte Gesellschaft, eine innovative Wirtschaft und eine moderne öffentliche Infrastruktur zum Thema Nachhaltigkeit.

Angesichts dieser ambitionierten Ziele sollten wir aber auch nicht vergessen, dass wir bereits einiges auf den Weg gebracht haben und wichtige Wegmarken erreichten haben:

Als einziges Industrieland der Welt steigen wir zeitgleich aus Kohle- und Kernenergie aus und treiben den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch Jahr für Jahr auf ein neues Rekordniveau.

Wir haben ein starkes Klimapaket verabschiedet, mit dem wir in den nationalen Emissionshandel einsteigen, die Gebäude in Deutschland energetisch sanieren, den öffentlichen Nahverkehr massiv ausbauen und das Bahnfahren billiger machen.

Wir haben sechs ausgeglichene Haushalte in Folge vorgelegt und waren deshalb in der Lage, mehr gegen die Corona-Krise zu tun als andere Länder. Sich auf dem Beschlossenen auszuruhen, ist jedoch zu wenig, denn all dies sind Daueraufgaben.

Daher haben wir uns in dieser Parlaments-Sitzungswoche in einer Generaldebatte, in acht Einzeldebatten sowie auf Grundlage verschiedener Anträge mit allen Facetten der Nachhaltigkeit beschäftigt: Neben den Klima- und Umweltaspekten von „Mobilität der Zukunft“ über „Starke Demokratie, handlungsfähiger Staat und nachhaltige Finanzen“ sowie Bildung, Innovation und Digitalisierung bis hin zu „Arbeit im Wandel“ sowie Entwicklung und internationale Zusammenarbeit.

Dabei hat gerade der Themenblock nachhaltige Finanzen für die Union eine große Bedeutung, denn wie keine andere Fraktion stehen wir für finanzielle Solidität.

Unser Ziel bleiben die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Handlungsspielräume zukünftiger Generationen. Nachhaltiges Wachstum und finanzieller Solidität spielen hierbei eine Schlüsselrolle.

### **Herzlichen Glückwunsch liebe Christlich-Soziale Union!**

Am Wochenende feierte die CSU ihr 75. Gründungsjubiläum. Dazu möchte ich im Namen der gesamten Unionsfraktion im Deutschen Bundestag sehr herzlich gratulieren.

Die CSU hat das politische System und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte maßgeblich geprägt. Die Unionsfamilie insgesamt kann stolz sein auf das Erreichte.

Gleichzeitig stehen wir vor alten und neuen Herausforderungen, die wir im besten Sinne gemeinsam angehen sollten – für die Bürgerinnen und Bürger, für Deutschland.

### **70 Jahre Zentralrat der Juden in Deutschland**

Am 19. Juli 1950 gründete sich in Frankfurt am Main der Zentralrat der Juden in Deutschland. Dr. Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats, war im vergangenen November zu Gast in unserer Fraktion.

In einer eindrucklichen Rede rief er uns dazu auf, im Kampf gegen zunehmenden Antisemitismus in Deutschland „die Schlagkraft zu erhöhen“. Wir sind zutiefst dankbar für die unermüdliche Arbeit des Zentralrats. Die sichere und freie Entfaltungsmöglichkeit für jüdisches Leben in Deutschland ist ein wichtiger Gradmesser für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.

### **Brand in Moria: Humanität und Ordnung gehören zusammen**

Die Bilder und die Berichte aus dem Lager in Moria lassen niemanden von uns kalt. Umso wichtiger ist jetzt ein europäisch abgestimmtes und entschlossenes Handeln.

Deutschland wird seiner Verantwortung gerecht. Als Unionsfraktion setzen wir dabei auf einen Dreiklang an Maßnahmen: schnelle Hilfen vor Ort, eine Europäisierung der Aufnahmeeinrichtungen und die Evakuierung besonders schutzbedürftiger Menschen.

### **Wahl Konrad Adenauers zum ersten Bundeskanzler**

Am 15. September 1949 wählte der Deutsche Bundestag Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Adenauer, der zuvor Präsident des Parlamentarischen Rates war, wurde dabei mit der knappsten möglichen Mehrheit von einer Stimme gewählt.

Er führte die Bundesrepublik zusammen mit Wirtschaftsminister Ludwig Erhard in die Soziale Marktwirtschaft, lenkte sie in das westliche Werte- und Bündnissystem, nach Europa, in die NATO, schaffte die Aussöhnung mit Frankreich und bemühte sich um Wiedergutmachung mit Israel. Konrad Adenauer wurde – wie später Helmut Kohl und Angela Merkel - dreimal wiedergewählt und blieb bis 1963 Bundeskanzler.

*(Quellen: KAS, bpb)*

### **Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinigten Nationen**

Am 18. September 1973 wurde die Bundesrepublik Deutschland – ebenso wie die DDR – Vollmitglied in der UNO. Die Bundesrepublik engagierte sich bereits früh in den verschiedenen UN-Sonderorganisationen und entsandte einen Beobachter zum UN-Hauptsitz.

Jedoch stand die Teilung Deutschlands bis dato einer Aufnahme als vollwertiges und gleichberechtigtes UN-Mitglied im Weg. Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag von 1972 zwischen der Bundesrepublik und der DDR ebnete schließlich den Weg für einen Beitritt. Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde aus beiden deutschen UN-Sitzen einer.

Nach wie vor ist die UNO für Deutschland eine der wichtigsten Institutionen zur Regelung und Beilegung internationaler Streitfragen und zur Wahrung der Menschenrechte weltweit.

Deshalb ist Deutschland weiter einer der größten Beitragszahler der UNO und engagiert sich gegenwärtig als nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat.

*(Quelle: bpb)*